

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 12/2010

Jobcenter-Reform - Persönliche Notizen

Bundestag beschließt Verfassungsänderung für das „Neue Jobcenter“

An diesem Donnerstag haben die Debatten im Deutschen Bundestag mit der abschließenden Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende begonnen. Hintergrund: Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sieht zur Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Bildung von Arbeitsgemeinschaften aus den der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit sowie den jeweiligen Kommunen vor.

Darin hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 20. Dezember 2007 eine unzulässige Form der Mischverwaltung gesehen und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2010 einen verfassungskonformen Zustand herzustellen. Da sich die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Arbeitsgemeinschaften aber grundsätzlich bewährt hat, ist es das Ziel der Gesetzesinitiativen, die auch vom Bundesverfassungsgericht begrüßte Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand als Regelfall fortzuführen.

Dafür ist eine Verfassungsänderung nötig geworden. Mit der jetzigen Jobcenter-Reform haben CDU und CSU zusammen mit Arbeitsministerin Ursula von der Leyen Handlungsfähigkeit für Reformen mit Perspektive

bewiesen. Die Reform zum „Neuen Jobcenter“ ist das erste Kapitel der inhaltlichen und organisatorischen Runderneuerung der Grundsicherung, die bis zum Spätherbst vollendet sein wird. Die Koalition setzt damit Maßstäbe in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Durch das „Neue Jobcenter“ wird ein wichtiger Teil der Arbeitsmarktpolitik zukunftssicher gestaltet, und zwar durch einen Reformprozess, der unter Führung der Union erfolgreich mit dem Koalitionspartner FDP sowie in einer zielorientierten und konstruktiven Weise auch mit der SPD und den Bundesländern umgesetzt wurde. Oberste Zielsetzung der Reform bleibt, Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus in die Beschäftigung zu führen! Die Union gibt keinen Arbeitssuchenden verloren!

Dafür schafft die jetzige Reform mehrere wichtige Voraussetzungen: Zum einen wird die „Hilfe aus einer Hand“ mit der Grundgesetz-Ergänzung endlich auf eine verfassungskonforme Basis gestellt, ohne dabei eine neue staatliche Ebene zu schaffen. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ zur optimalen Hilfe für die Menschen in der Grundsicherung kann nun effektiv und sehr bürgernah weitergeführt und auch weiterentwickelt werden. Alles andere als die Fortführung der „Hilfe aus einer Hand“ wäre ein fataler Rückschritt gewesen. Zum anderen werden die Jobcenter organisatorisch und inhaltlich neu aufgestellt.

Ein zentraler Punkt ist das verstärkte Setzen auf die lokalen Kompetenzen vor Ort. Die Ausweitung der Wahlfreiheit für die sogenannten Optionskommunen von derzeit 69 um weitere 41 unterstreicht die „Kommunalkompetenz“, wie die Einführung von Zielvereinbarungen und auch eines einheitlichen Bewertungs- und Benchmarksystems.

Dies alles fördert in den jeweiligen Jobcentern noch mehr Qualität und Effektivität, damit die betroffenen Menschen eine optimale Hilfestellung auf dem Weg aus der Erwerbslosigkeit erhalten. Dazu zählen auch die neuen Betreuungsschlüssel des Verhältnisses von Fallmanagern zu Hilfebedürftigen. Die Jobcenter-Reform bildet die strukturelle Basis für die inhaltliche Runderneuerung der Grundsicherung, die in den nächsten Monaten konsequent umgesetzt wird.

Dazu zählen im Wesentlichen: Neue Regelungen des Hinzuverdienstes werden noch stärkere Anreize für Arbeit schaffen. Die Förderung von Kindern in der Grundsicherung wird neu geregelt, um ihnen bessere Bildungschancen zu geben. Auch die Regelsätze für Erwachsene müssen gemäß des Verfassungsgerichtsurteils neu überprüft werden. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden auf Effektivität, Notwendigkeit und Zielgenauigkeit überprüft und neu gefasst. Und schließlich werden mittel- und langfristigen Strategien entwickelt, um gerade Kindern aus sozial schwierigem Umfeld den Aufstieg in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die jetzt eingeleitete Jobcenter-Reform ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer noch effektiveren Arbeitsmarktpolitik.

Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag zum 57. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den Mut und die Freiheitssehnsucht der ostdeutschen Bevölkerung erinnert.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lamert mahnte: „an die Opfer zu denken, die der Kampf um die Freiheit gefordert hat“. Der Deutsche Bundestag fühle sich dem Anden-

ken an diejenigen verpflichtet, die in der DDR für Freiheit und Einheit Opfer gebracht hätten: "Wir alle sind gefordert, das Wissen um den Volksaufstand lebendig zu halten."

Der 17. Juni 1953 dokumentiert in besonderer Weise den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den die Linkspartei bis heute nicht anerkennt. Stattdessen wird die DDR von der Nachfolge-Partei der SED immer noch zu einem Sozialstaat verklärt, der – so heißt es im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms – nicht nur „die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen“, sondern auch „die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur“ sichergestellt haben soll.

Angesichts des 17. Juni 1953 und der unzähligen Opfer der SED-Gewaltherrschaft ist diese Darstellung blanker Zynismus. Der Jahrestag des Volksaufstandes sollte allen Parteien, auch und gerade in NRW, in Erinnerung rufen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach wie vor keine Option sein kann.

Entschädigung für SED-Opfer

In der letzten Legislaturperiode hat die Union im Deutschen Bundestag durchgesetzt, dass Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zum Opfer politischer Verfolgung wurden, eine Entschädigung erhalten. Der Staat würdigt seither den Widerstand ehemaliger politischer Häftlinge gegen die SED-Diktatur mit einer monatlichen Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro.

Mit dem neuen Koalitionspartner können CDU und CSU nun das zugrundeliegende Gesetz weiterentwickeln. Durch das „Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes“ werden wir insbesondere die Benachteiligung von Beziehern der SED-Opferpension mit Kindern beseitigen und die Berechnung der Mindesthaftdauer als Anspruchsvoraussetzung vereinheitlichen. Den Jahrestag des 17. Juni nahmen wir zum Anlass, das entsprechende Gesetz in dieser Sitzungswoche in erster Lesung zu beraten.

Keine Bundesbürgschaften für Opel

In dieser Woche überraschte die Ankündigung des Opel-Mutterkonzerns, die Finanzierung des angeschlagenen Autobauers "intern zu regeln". Diese Entscheidung ist zu begrüßen, denn sie schafft Klarheit. Es ist zugleich ein Beleg dafür, dass trotz früherer Äußerungen, General Motors über hinreichend liquide Mittel verfügt. Allein im ersten Quartal dieses Jahres hat das Detroit Unternehmen rund 865 Millionen US-Dollar erwirtschaftet. Auch war es GM möglich, die Kredite der amerikanischen und kanadischen Regierung vollständig zurückzuzahlen. Und auch der Börsengang ist in Vorbereitung.

GM verfügt somit über ausreichende finanzielle Mittel, um die Restrukturierung Opels aus eigener Kraft zu bewältigen. General Motors hat mit seiner deutschen Tochter Opel eine lange Zeit gut verdient. Jetzt aber ist GM in der Pflicht, für seine Tochter einzustehen. Die unternehmerische Entscheidung zeigt, dass sich die Bundesregierung in der vergangenen Woche zu Recht gegen eine Bundesbürgschaft für Opel ausgesprochen hat, denn General Motors hat die finanziellen Mittel für eine Opel-Sanierung.

Nach über eineinhalb Jahren Unsicherheit für die Beschäftigten der Traditionsmarke ist General Motors jetzt in der Pflicht, die volle und alleinige finanzielle Verantwortung für Opel zu übernehmen und der Ankündigung, trotz des Verzichtes auf Staatshilfe keine weiteren Stellen in Deutschland abzubauen, Taten folgen zu lassen.

Zitat

«Die Umgangsformen müssen so werden, wie mein Sohn in der Schule erzogen wird, das heißt respektvoll.»

(EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montag über die schwarz-gelben Koalition)

Persönliche Notizen

1. Im Vergleich zu den letzten eher turbulenten Sitzungswochen war diese vergleichsweise ruhig. Wesentliche Abstimmung der Woche war die Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate. Wie lange diese Entscheidung trägt, bleibt bisher offen.

Im September werden wohl die Würfel fallen, ob die Wehrpflicht doch noch ausgesetzt wird, oder ob wir die Kraft zu einer neuen gesellschaftlichen Diskussion und Anstrengung für einen Dienstgedanken an der Gesellschaft (Bw, Sozialdienste etc.) haben. Ich werde berichten. Das Thema soll auch noch in Landesgruppe und Fraktion diskutiert werden.

Desweiteren ging es um das SGB II, die Neuorganisation der Job-Center. (s.o.)

2. Am Montag haben Bundesverkehrsminister Ramsauer und der Parlamentarische Staatssekretär Scheuer unsere Landesgruppe besucht, auf bestehende Planungen im vorrangigen Bedarf - und nur die werden auch verwirklicht - in unserer Region ist Verlass. Das betrifft in unserem Wahlkreis die Verbindung Essingen - Aalen, die nach der Ortsumfahrung Mögglingen angepackt wird, sowie die Ortsumfahrung Ebnat.

Allerdings hat unser Bundesland im Bundesverkehrswegeplan 2004 bis 2015 bisher nur einen Erfüllungsgrad von 25%, während der Erfüllungsgrad bei den neuen Bundesländern bereits bei 55 % liegt. Da der Bundesverkehrshaushalt chronisch unterfinanziert ist, setzt BM Ramsauer auf die Ausdehnung der LKW-Maut auf 4-spurige Bundesstraßen wie auch auf die Vignette und/oder Straßenbenutzungsgebühren. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Bundesverkehrsministerium 11 Jahre SPD-geführt und zudem der Minister auch Beauftragter Aufbau Ost war.

In Sachen B 29, Ortsumfahrungen Pflaumloch und Trochtelfingen, nahm Bundesminister Ramsauer meinen Vorschlag auf, als Kriterium nicht nur Verkehrszählungen einzubeziehen, sondern bei der Bewertung auch die Verbindungsfunktion dieser Verkehrsader für den ländlichen Raum zwischen zwei Bundesländern und den Zugang für unsere bayeri-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

schen Nachbarn zur BAB 7 mit zu berücksichtigen.

Wir brauchen einen langen Atem, weiterhin gute Anträge mit Verbindung nach Stuttgart und Berlin, Hartnäckigkeit und hoffende Geduld.

3. Am Dienstag hat mich mein Vorgänger, unser Georg Brunnhuber, besucht. Wir haben uns sehr gut unterhalten und werden uns weiterhin regelmäßig treffen. Am selben Tag habe ich Frau Emily Dipadova, Austauschschülerin aus den USA in unserem Wahlkreis in Berlin verabschiedet, Ende Juli wird sie nach einem Jahr in Deutschland bei Familie Wirth in Hermaringen wieder heimkehren.

4. Gleichfalls am Dienstag hat sich unser Kandidat für die Bundespräsidentenwahl, Christian Wulff, in der Fraktion vorgestellt. Er hinterließ einen sehr positiven Eindruck, kein Lautsprecher, sehr besonnen. Ihm liegt der Ausgleich zwischen den Generationen am Herzen und andere Zukunftsfragen wie Integration.

Der 30. Juni, die Wahl zum Bundespräsidenten, wird sicherlich weit weniger spannend als es zur Zeit die Medien einschätzen. SPD und B90/Grüne hätten gewiss nie Joachim Gauck aufgestellt, wenn sie eine absehbare Mehrheit haben würden. Mit diesen beiden Kandidaten ist zwar eine echte Auswahl geboten, aber unsere Regierungsfractionen werden klugerweise ein nötiges Zeichen der Geschlossenheit geben.

5. Im Wahlkreis habe ich mit meiner Frau den "Aufbruch im Kloster" besucht, ein hervorragend inszeniertes Freilichttheater im Klosterhof Kirchheim am Ries mit über 100 ehrenamtlich Mitwirkenden der ganzen Gemeinde, ein echter Genuss. Im Freien unter Linden fand die CDU-Jahreshauptversammlung mit anschließendem Bürgergespräch in Stöttlen-Birkenzell statt, viele Teilnehmer und eine lange Diskussion. Der Festabend 100 Jahre Innung Heizung & Sanitär in HDH bot eine hervorragende Gelegenheit, diese innovative

Innung und das gesamte Handwerk der Region noch besser kennen zu lernen.

6. Nächste Woche beginnt die 2. Runde der "Heißen-Eisen-Liste", dieses Mal in Westhausen, im Juli dann in Steinheim. Ich werde Ihnen berichten. Dienstag/Mittwoch werde ich in Berlin bei einer Reisegruppe aus unserem Wahlkreis sein.

Bis zum nächsten Mal, vielleicht sehen wir uns auch schon am Freitag in Schwabsberg bei der Regionalkonferenz mit unserem Ministerpräsidenten Stefan Mappus

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter